

## Gewalt und Gewaltlosigkeit in sozialen Bewegungen

Sebastian Haunss

Seit es soziale Bewegungen gibt, d.h. so etwa seit dem ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhundert, gehören gewaltsame Aktionsformen zum Aktionsrepertoire sozialer Bewegungen. Charles Tilly listet in seiner Aufzählung des widerständigen Repertoires im Großbritannien der 1750er Jahre etwa Gefangenenerbefreiung, Widerstand gegen die Polizei, Zerstörung von Symbolen, Bildnissen und Eigentum, Zerstörung von Geschäften und Gasthäusern, kollektive Beschlagnahme von Lebensmitteln, Zerstörung von Zollgattern, körperliche Angriffe auf öffentliche Personen, Einschmeißen von Fensterscheiben, Zerstörung von Arbeitsmitteln und anderes als gängige Ausdrucksformen öffentlichen Protests (Tilly 2003: 47). Gewalt im Kontext sozialer Bewegungen ist also kein neues Phänomen – im Gegenteil lässt sich gegenüber dem 18. Jahrhundert zumindest in Westeuropa eher eine Einschränkung des gewalttätigen Aktionsrepertoires beobachten, wobei insbesondere Gewaltakte, die sich gegen einzelne Personen und deren Eigentum richten, heute nicht mehr so häufig im Aktionsrepertoire sozialer Bewegungen auftauchen.

Allerdings ist auch heute noch eine Protestaktion, die sich gegen das Eigentum oder die körperliche Unversehrtheit des politischen Gegners richtet, eher eine Nachricht wert, als ein Protest, der diese Dimension nicht bedient. Gewalttätiges Handeln schafft immer noch mediale Aufmerksamkeit, auch wenn diese häufig mit einer Verurteilung militanter Aktionsformen einhergeht. In der Bewegungsforschung überwiegen jenseits der Extremismusforschung dagegen Arbeiten, die eher nüchtern-analytisch nach möglichen Gründen für die Wahl gewalttätiger Aktionsformen fragen. Dabei werden im Prinzip drei Interpretationsweisen angeboten,

die Militanz als (mehr oder weniger) nützlich Tool, als Ergebnis konfrontativer Interaktion oder als symbolische Handlung versteht. Vor allem für die Forschungsarbeiten in der Tradition des Resource Mobilization Ansatzes ist die Nutzung gewalttätiger Aktionsformen schlicht eine taktische Entscheidung, die, entsprechend Gamsons Diktum des „Success of the Unruly“, tendenziell die Erfolgswahrscheinlichkeit sozialer Bewegungen erhöht (Gamson 1975: chap. 6; Piven and Cloward 1977; Frey, Dietz, and Kalof 1992) – eine These, die allerdings von anderen AutorInnen zumindest für einzelne Bewegungen infrage gestellt wird (Soule et al. 1999). In jüngerer Zeit tragen Forschungsarbeiten verstärkt der Erkenntnis Rechnung, dass Aktionsformen und Strategien sozialer Bewegungen immer auch in Relation zu den Handlungen ihrer Gegner entwickelt werden. Sie rücken daher das Wechselspiel zwischen Staatsgewalt und Protestierenden in den Fokus der Analyse (della Porta 1995; della Porta and Reiter 1998; Ericson and Doyle 1999). Klar gegen eine utilitaristische Sichtweise argumentieren Autoren, die vor allem den symbolischen und identitätsstiftenden Charakter militanten Handelns in den Vordergrund stellen (Brumlik 1989; Paris 1991).

Überraschend wenig Beachtung fanden allerdings bisher Diskussionsprozesse innerhalb und zwischen sozialen Bewegungen, in denen diese ihre Aktionsrepertoires aushandeln und (gegenseitig) infrage stellen. Dabei wäre eine solche Perspektive gut dazu geeignet, etwas mehr Klarheit über die Handlungsmotivationen der Bewegungsaktivistinnen zu erlangen und das Verhältnis utilitaristischer, interaktionistischer und identitärer Faktoren zu klären. In diesem Papier werde ich daher genau diese Perspektive

einnehmen und danach fragen, wie soziale Bewegungen selbst mit der Gewaltfrage umgehen. Um dies zu tun, soll zuerst geklärt werden, was im Rahmen dieses Artikel überhaupt unter Gewalt verstanden wird und auf welcher Ebene Gewalt für soziale Bewegungen identitätsstiftend sein kann. Darauf aufbauend werden die Bewegungs-Auseinandersetzungen um Militanz und Gewaltfreiheit im Kontext der Gipfelproteste der Globalisierungsbewegung 2007 in Heiligendamm und im Kontext der Proteste gegen die Atomtransporte nach Gorleben in den Jahren 2001 und 2010 analysiert.<sup>1</sup>

## 1 | Eine pragmatische Gewaltdefinition

Wenn im Folgenden von Gewalt die Rede ist, dann sind damit Aktionen gemeint, die sich gegen die körperliche Unversehrtheit von Personen richten oder Sachen einen materiellen Schaden zufügen. Diese Definition umfasst alle Handlungsformen sozialer Bewegungen, die in der Medienberichterstattung gewalttätig genannt werden und/oder von den AktivistInnen der Bewegungen wahlweise als gewalttätig oder militant bezeichnet werden. Es handelt sich um eine pragmatische Definition, die nicht den Anspruch erhebt, Gewalt umfassend zu definieren. Sie ist zugleich enger und weiter als die gängigen juristischen, sozialwissenschaftlichen, polizeilichen und bewegungsöffentlichen Gewaltdefinitionen.

Sie ist insbesondere enger als Galtungs analytischer Gewaltbegriff, weil sie die Ebenen struktureller, sozialer oder psychischer Gewalt nicht einschließt. Galtung unterscheidet Gewaltakte entlang der Dimensionen materiell vs. immateriell und direkt vs. strukturell (Galtung 1985: 146). In dem dadurch entstehenden Vierfeldschema geht es mir hier ausschließlich um direkte, materielle Gewalt. Anders als bei Galtung ist die hier gewählte Gewaltdefinition zudem nicht anthropozentrisch, sondern umfasst auch Gewalt gegen Sachen.

Viele soziale Bewegungen nutzen Handlungsformen, die unmittelbare Gewalt gegen Sachen einschließen. So gehört etwa die Zer-

störung oder Unbrauchbarmachung von Kriegsgewehr zum Aktionsrepertoire der Friedensbewegung, die Zerstörung von Baumaschinen zur Ökologiebewegung, die Beschädigung von Sexshops zur Frauenbewegung und die Zerstörung von Fensterscheiben bei Banken und Läden transnationaler BekleidungsHersteller zur Globalisierungsbewegung. Gezielte, direkte Gewalt gegen einzelne Personen gehört in Westeuropa zum Repertoire rechtsradikaler und nationalistischer/separatistischer Bewegungen, ist aber auch gelegentlich im Aktionsrepertoire linker Bewegungen zu finden. Gewalt gegen PolizistInnen im Kontext kollektiver Proteste wird in einem breiteren Bewegungsspektrum praktiziert.

## 2 | Gewalt und kollektive Identität

Welche Rolle spielt Gewalt nun für die Selbstkonstitution sozialer Bewegungen und ihrer AktivistInnen? In einem Text, den eine Gruppe, die sich »United Colors of Resistance« nennt, im Rahmen der dem G8 Gipfel in Heiligendamm folgenden Diskussion veröffentlicht hat, schreibt diese: „Militant sein auf Demos begründet keine Identität – sollte es zumindest nicht –, sondern ist eine Aktionsform mit Stärken und Schwächen wie jede andere Aktionsform auch. Manchmal ist sie nützlich, manchmal nicht. In Rostock war sie nützlich, um dem G8-Widerstand eine unveröhnliche Note zu geben“ (United Colors of Resistance 2007).

Unabhängig davon, ob man der von den AutorInnen innerhalb der Spiegelstriche gemachten appellativen Aussage zustimmt oder nicht, liegen die Aktivistinnen in ihrer Zustandsbeschreibung, dass Militanz keine Identität begründe, falsch – und zwar in zweifacher Hinsicht. Die Gewaltfrage spielt in unterschiedlichen sozialen Bewegungen eine ganz unterschiedliche Rolle. Für manche Bewegungen ist sie konstitutiv, in manchen Bewegungen spielt sie praktisch keine Rolle. In der jüngeren deutschen Bewegungsgeschichte war die Frage der Militanz und die kollektive Positionierung ge-

genüber gewalttätigen Aktionsformen mindestens für zwei Bewegungen konstitutiv: für die gewaltfreien Aktionsgruppen und für die Autonomen. Konstitutiv heißt nicht, dass sich beide Bewegungen auf die Gewaltfrage reduzieren lassen – noch nicht einmal im Kern. Aber in beiden Bewegungen spielte die Positionierung zu militanten Aktionsformen eine wichtige Rolle im Prozess kollektiver Identität, also in dem interaktiven Prozess, in dem Bewegungen den Sinn und den Möglichkeitsraum ihres kollektiven Handelns bestimmen (Melucci 1996: 67; Haunss 2011).

Bei den gewaltfreien Aktionsgruppen, die im Rahmen der Friedensbewegung der 1980er Jahre eine wichtige Rolle zu spielen begannen (Buro 2008), ist dieser Zusammenhang offensichtlich. Aus einer pazifistischen Grundhaltung lehnen sie Krieg, und allgemeiner gewalttätige Formen gesellschaftlicher Auseinandersetzung, als Mittel der Politik ab und plädieren für gewaltfreie Formen der Konfliktlösung, wobei sich gewaltfrei in diesem Fall nicht nur auf die Ablehnung der Ausübung physischen Zwangs beschränkt, sondern auch die strukturellen und indirekten Formen der Gewaltausübung mit einbezieht. Aus dieser Überzeugung heraus nutzten sie Aktionsformen des gewaltfreien Widerstands, insbesondere Sitzblockaden. Praktisch leisteten die gewaltfreien Aktionsgruppen eine weitere Übertragung und Adaption des von Jean Chabot so genannten „Gandhian repertoire“ (Chabot 2000; Chabot/ Duyvendak 2002), des von Mahatma Gandhi zuerst in Südafrika entwickelten, dann im indischen antikolonialen Kampf weiterentwickelten und von der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung adaptierten Repertoires offensiven, gewaltfreien zivilen Ungehorsams. In der Umweltbewegung wurde diese Aktionsform aufgegriffen und weiterentwickelt. Dem Netzwerk „X-tausdenmal Quer“ gelang, aufbauend auf diesem gewaltfreien Aktionskonzept, eine breite Mobilisierung im Rahmen der Anti-Castor-Proteste der Anti-AKW-Bewegung.

In all diesen Bewegungen war und ist das gewaltfreie Aktionsrepertoire mehr als nur eine

taktische Wahl. Es entspringt der Überzeugung, dass der Zweck gerade nicht alle Mittel heilige, sondern die Formen der eigenen Politik die (gewaltfreien) Strukturen der angestrebten Gesellschaft vorwegnehmen müsse. Dennoch ist die Gewaltfreiheit an sich nicht das Ziel der Bewegungen, sie wird nur als das angemessenste und möglicherweise sogar einzig richtige Mittel gesehen, das jeweilige Bewegungsziel (Frieden, Umweltschutz, Bürgerrechte, Unabhängigkeit etc.) zu realisieren. Für die gewaltfreien Aktionsgruppen ist die Gewaltfreiheit ein konstitutives Element ihrer kollektiven Identität.

Die andere soziale Bewegung in Deutschland, für die das Verhältnis zu Gewalt konstitutiv ist, sind die Autonomen, d.h. jene Strömung der undogmatischen Linken, die sich Ende der 1970er Jahre innerhalb der Anti-AKW- und Hausbesetzerbewegung in Opposition zu den reformistischen Grünen und den autoritären K-Gruppen herausgebildet hat, und die bis heute vor allem als städtische soziale Bewegung weiterbesteht. Für die Autonomen, die in der öffentlichen Debatte oft auf den Gewaltspekt reduziert werden, spielte die Gewaltfrage tatsächlich eine wichtige Rolle, allerdings stand sie in den bewegungsinternen Debatten nie an erster Stelle. An anderer Stelle (Haunss 2004) habe ich die Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen untersucht und dafür u.a. Bewegungsdebatten in Bewegungszeitschriften analysiert. Im Zeitraum von 1988-2001 drehten sich die Debatten der Autonomen in der Berliner Bewegungszeitschrift *Interim* am häufigsten um Organisationsfragen, am zweithäufigsten und die Geschlechterverhältnisse und Sexualität und erst an dritter Stelle um Gewalt und Militanz. Zudem ging es von den 207 Beiträgen zum Thema Militanz bei mehr als der Hälfte um die Politik und die Aktionsformen der Revolutionären Zellen/Roten Zora und der RAF. Nur in 98 Texten beschäftigten sich die AktivistInnen unmittelbar mit dem Verhältnis der Autonomen zu Gewalt und Militanz.

Dennoch ist die Frage der Gewalt für die Prozesse kollektiver Identität bei den Autono-

men bedeutsam, weil sie einerseits starke emotionale Elemente enthält und andererseits mit der Frage der grundlegenden oppositionellen Positionierung der autonomen Bewegung verknüpft ist. Auch hierzu wieder ein Zitat: „Freiheit ist vielmehr der kurze Moment, in dem der Pflasterstein die Hand verlässt, bis zum Moment, wo er aufrifft“ (Thesen zur Autonomen Bewegung 1981), formulieren 1981 einige Autonome in der Berliner Bewegungszeitschrift „radikal“ in durchaus poetischer Weise die emotionale Bindung, die für viele AktivistInnen das Verhältnis zu gewaltsamen Aktionsformen bestimmt. Dieser emotionale Aspekt, der den identitätsstiftenden Erlebnischarakter von Militanz betont, findet sich auch 26 Jahre später in einem Beitrag der „Internationalen Brigaden“ anlässlich der G8 Proteste in Heiligendamm wieder, wenn diese schreiben: »Unter jeder schwarzen Maske war ein Lächeln, in jedem geworfenen Stein gegen den gemeinsamen Feind war Freude, und in jedem Körper, der gegen die Unterdrückung revoltierte, war ein Verlangen« (Internationale Brigaden 2007). Militanz, d.h. die Bereitschaft, im Rahmen von Protest zum Mittel der Gewalt zu greifen, wird in diesen Äußerungen nicht als taktisches Mittel verstanden, sondern als symbolische Handlung, die durch ihre Gewaltförmigkeit eine eigene Aussage, die der Unversöhnlichkeit und des radikalen Widerspruchs gegen die bestehenden Verhältnisse, transportiert.

Militanz ist bei den Autonomen ein relativ konsensuelles Thema. Kontroverse Debatten drehten sich vor allem um Fragen der Militanz als Organisationsprinzip, also um Themen, die vom Alltag und dem Erfahrungshorizont der meisten AktivistInnen am weitesten entfernt sind (Haunss 2004: 184 ff.). Insgesamt verweisen die Häufigkeit und Persistenz von Militanzdebatten in den autonomen Bewegungsmedien ebenso wie die stark emotional geprägten Statements darauf, dass die Gewaltfrage eine wichtige Rolle im Prozess kollektiver Identität in der autonomen Bewegung spielt.

Die AktivistInnen, die geschrieben haben, militant sein auf Demos begründe keine Iden-

tität und Militanz sei eine Aktionsform wie jede andere auch, irren also, weil die Propagierung und Bereitschaft zur Militanz auf der einen und die prinzipielle Ablehnung gewaltsamer Aktionsformen auf der anderen Seite durchaus identitätsbegründend sein können. Und genau das unterscheidet sie auch von anderen Aktionsformen, die dieses Potenzial nicht haben, weswegen gewalttätige Aktionsformen von allen Seiten eine besondere Aufmerksamkeit erfahren.

### 3 | Bewegungsdiskurse über Gewalt

Wenn nun aber die Gewaltfrage nicht nur eine taktische, sondern auch eine identitäre ist, dann sollte man erwarten, dass es genau an dieser Frage immer wieder zu tiefgreifenden Zerwürfnissen zwischen den Bewegungsströmungen kommt, die eine prinzipiell gewaltbefürwortende und -ablehnende Position einnehmen. Und genau das lässt sich auch immer wieder an vielen Beispielen beobachten. Aber es gab und gibt auch immer wieder eine Reihe von Gegenbeispielen, in denen die AktivistInnen einen Bruch an der Gewaltfrage vermeiden konnten. Unter welchen Bedingungen ihnen das gelingen konnte, will ich im verbleibenden dritten Teil dieses Beitrags anhand von vier Ereignissen im Kontext der Anti-AKW- und Globalisierungsproteste aufzeigen.

#### 3.1 | Castor-Proteste 1997 – Konflikt zwischen Gewaltfreien und Autonomen

Anders als die Anti-AKW-Proteste der späten 1970er und 1980er Jahre, die oft durch massive und massenhafte Auseinandersetzungen mit der Polizei an den Bauplätzen der Atom-Standorte gekennzeichnet waren, zeichnen sich die Anti-Castor-Proteste durch ein vielfältigeres Aktionsrepertoire aus (Rucht 2008). Die AktivistInnen suchten weniger die direkte Konfrontation mit der Polizei, sondern versuchten eher durch punktuelle Blockaden und Sabotageaktionen den Transport der Castor-Behälter in das

Zwischenlager in Gorleben zu verhindern. Die Proteste im Wendland zeichneten sich durch einen breit akzeptierten Konsens aus, dass von den AktivistInnen prinzipiell keine Gewalt gegen Personen ausgehen dürfe (Leach 2006). Unterhalb dieses generellen Konsenses existierten allerdings deutlich Differenzen über die Sinnhaftigkeit von Sabotage, Sachbeschädigung und zivilen Ungehorsams. Zudem gab es keine von allen geteilte Definition, was genau mit „Gewalt gegen Personen“ gemeint sei. Insbesondere die autonomen Anti-AKW-AktivistInnen sahen etwa gewaltsame Gegenwehr gegen die Polizei oder auch Angriffe auf Polizeikräfte, um diese z.B. von der Räumung einer Blockade abzuhalten, durchaus noch als legitime Mittel und wollten nur gezielte Gewaltakte gegen Einzelpersonen oder die Gefährdung Unbeteiligter aus dem Aktionsrepertoire ausschließen (Leach/Haunss 2010).

Bei den Protesten gegen den Castor-Transport 1997 prallten diese unterschiedlichen Perspektiven unmittelbar aufeinander, als es an der Verladestation, wo die Castor-Behälter für die letzten 18 Kilometer vom Zug auf die Lastwagen umgeladen werden, zu teilweise handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen den ca. 9000 TeilnehmerInnen der von X-tausendmal Quer organisierten Sitzblockade und ca. 1000 Autonomen kam. Letztere attackierten die Polizei, die gerade dabei war, die Sitzblockade zu räumen, mit Steinen und Farbbeuteln und errichteten Barrikaden aus brennenden Heuballen. Daraufhin wurden sie von TeilnehmerInnen der Sitzblockade teilweise direkt attackiert, der Vermummung dienende Tücher und Mützen wurden ihnen vom Kopf gerissen und manche wurden sogar festgehalten, bis sie von der Polizei festgenommen werden konnten. In der Folge kam es zu teilweise sehr persönlich geführten Auseinandersetzungen innerhalb der Anti-AKW-Bewegung, in deren Verlauf sich X-tausendmal Quer und die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, die zentrale lokale Trägerin des Protests, von den Autonomen distanzierten. Die Differenzen in der Gewaltfrage hatten also genau zu

der Spaltung und den gegenseitigen Vorwürfen geführt, die man aufgrund der identitären Komponente erwarten kann.

### 3.2 | Castor 2001 – »Streckenkonzept« und Vielfalt der Widerstandsformen

Um eine Wiederholung dieser für alle Seiten kontraproduktiven Spaltung in friedliche und gewalttätige DemonstrantInnen zu vermeiden, entwickelte der Kern der Anti-AKW-AktivistInnen für den nächsten Castor-Transport ein Aktionskonzept, das den unterschiedlichen Handlungsformen Rechnung tragen sollte. Dabei erwies es sich als günstig, dass der nächste Transport erst 2001 stattfinden konnte, weil bei dem 1997er Transport erhöhte Strahlungswerte an den Behältern gemessen worden waren, und diese erst überholt und überprüft werden mussten. Das Aktionskonzept, auf das sich die AktivistInnen einigten, enthielt drei wesentliche Punkte: Erstens sollte sich der Protest nicht mehr allein auf die letzten 18 Kilometer zwischen Umladestation und Zwischenlager beschränken, sondern die ganze Strecke zwischen Lüneburg und Gorleben mit einbeziehen, insbesondere auch die 56 Kilometer Schienenverbindung zwischen Lüneburg und der Umladestation („Schienenkonzept“). Zweitens sollten die insgesamt 74 Kilometer in Abschnitte aufgeteilt werden, für die jeweils einzelne Gruppen die Verantwortung übernehmen sollten („Streckenkonzept“). Die Gruppen konnten dort frei entscheiden, welche Aktionsformen sie wählen wollten. Drittens sollte die Strecke zwischen Verladekran und Zwischenlager als öffentlicher Raum für alle Aktionsformen zur Verfügung stehen. Dort sollte darauf geachtet werden »dass das eigene Handeln mit dem Wirken der anderen Protestierenden verträglich bleiben muss« (Castor-Info-Dienst 2001).

Das Aktionskonzept legte also – unterhalb der Schwelle »Gewalt gegen Personen« – keine Präferenz für eine bestimmte Aktionsform fest. Stattdessen wurde versucht, ein Nebeneinander der verschiedenen Aktionsformen in ei-

ner Weise zu organisieren, dass die militanten nicht mit den gewaltfreien kollidierten. Das Konzept des toleranten Nebeneinanders durch räumliche Entzerrung ging weitgehend auf. Dort, wo es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kam, ging die Gewalt – bis auf wenige Ausnahmen – von der Polizei aus, die mehrfach auf TeilnehmerInnen an friedlichen Blockaden einknüppelte. Anders als 1997 zogen die verschiedenen Fraktionen der Anti-AKW-Bewegung alle ein positives Resümee der Proteste und sahen von Beschuldigungen der jeweils anderen Fraktion ab. Im Gegenteil waren vor allem Stimmen zu hören, die die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns betonten, wie im Beitrag eines Aktivisten in der dem gewaltfreien Spektrum zuzurechnenden Zeitschrift „graswurzelrevolution“: „Erst durch das Nebeneinander aller verfügbaren Kräfte, ob autonome HandwerkerInnenaktionen, massenhafte Sitzblockaden, gewaltfreie Ankettaktionen oder eben das Einbetonieren im Gleisbett durch ›Robin Wood‹ ist es möglich, eine solche Wirkung zu erzielen, die auch über das Wendland hinaus das Signal setzt, dass es hier um mehr als eine Anti-Castor-Bewegung geht“ (Markus 2001).

### 3.3 | Wendland 2010 – Castor? Schottern!

Der 2001 im Aktionskonzept angelegten Strategie, das in der Bewegung als gewaltfrei akzeptierte Aktionsrepertoire zivilen Ungehorsams graduell zu erweitern, entsprach auch die Kampagne »Castor? Schottern!« im Rahmen der Proteste gegen den letzten Castor-Transport im November 2010. Sie ging allerdings noch deutlich über das tolerante Nebeneinander der 2001er Proteste hinaus. Der von über 280 Organisationen und weit über 1000 Einzelpersonen unterzeichnete Text rief dazu auf, am Tag des Transports auf einem Schienenabschnitt, auf dem an diesem Tag kein Zugverkehr außer dem Castortransport stattfinden würde, »massenhaft den Schotter aus dem Gleisbett zu entfernen, also die Gleise zu unterhöh-

len und sie damit für den Atommüllzug unbefahrbar zu machen« (anti-atom-Plenum Berlin u.a. 2010). Auch wenn der Aufruf nicht von X-tausendmal Quer, der zentralen Organisation des gewaltfreien Anti-AKW-Spektrums, mitgetragen wurde, gab es von deren Seite keine Distanzierung, weder im Vorfeld noch nach den Protesten. Auch hier war es also gelungen, die identitäre Komponente der Gewaltfrage in den Hintergrund zu drängen und durch ein eher taktisch motiviertes Verhältnis zu ersetzen.

### 3.4 | Heiligendamm 2007 – Toleranz und Konflikt

Während in der Anti-AKW-Bewegung offenbar ein Modus gefunden worden ist, der die Koexistenz gewaltfreier und militanter Aktionsformen ermöglicht, lieferten die Proteste gegen den G8 Gipfel 2007 in Heiligendamm ein weiteres Beispiel für den in großer Schärfe aufbrechenden Konflikt zwischen beiden Strömungen. Dabei gab es manche Parallelen zu den Protesten im Wendland. Das politische Spektrum der Gruppen, die sich an den Globalisierungsprotesten in Heiligendamm beteiligten, war ähnlich breit wie das der Anti-Castor-Proteste. Es umfasste autonome und kommunistische Gruppen, developmentpolitische und globalisierungskritische Gruppen, kirchliche Gruppen und linke Parteien. Im Vorfeld der Proteste entwickelte sich allerdings bald eine Parallelstruktur. Auf mehreren Aktionskonferenzen in Rostock und bei den offenen Treffen des Koordinierungskreises in Hannover wurden vor allem die Auftakt demonstration und der generelle Rahmen der Proteste diskutiert. An diesen Treffen nahmen alle an den Protesten beteiligten Spektren teil. Zumindest in der Außenwahrnehmung dominierten hier aber die VertreterInnen der NGOs und vor allem Attacs.

Daneben entwickelte die ursprünglich für die Koordination der Massenblockaden zuständige Untergruppe eine eigene Mobilisierungsdynamik. Zwischen März 2006 und Mai 2007

fanden 20 „Block G8“ Mobilisierungstreffen statt, die vor allem von dem unter dem Namen „Interventionistische Linke“ (IL) firmierenden Zusammenschluss undogmatischer Linker Gruppen und Einzelpersonen sowie von X-tausendmal Quer vorangetrieben wurden. Im Dezember 2006 veröffentlichte Block G8 einen „Aktionskonsens“, in dem formuliert wurde: „Wir werden uns aktiv den G8 in den Weg stellen und Zufahrtsstraßen zum abgelegenen Tagungsort besetzen und blockieren ... Wir wollen den G8-Gipfel real und effektiv unterbrechen und von seiner Infrastruktur abschneiden. ... Unser Ziel ist zu blockieren, d.h. wir werden Polizeiabsperrungen überwinden, sie wegdrücken, sie umgehen oder geschickt durch sie hindurchfließen“, wobei die unterschiedlichen Blockadeformen solidarisch zueinander sein und sich nicht gegenseitig gefährden sollten (Block G8 2007). Ähnlich wie das Schienenkonzept der Castor-Proteste geht auch das Blockadekonzept von Block G8 über im engeren Sinne gewaltfreie Blockaden hinaus und lässt ein breiteres Spektrum an Aktionsformen zu.

Es zeigt sich aber bald, dass die aus dem Block G8 Konzept sprechende Toleranz verschiedener Aktionsformen nicht von allen Akteuren geteilt wurde. Auf einer Pressekonferenz nach der zweiten Rostocker Konferenz äußerte Peter Wahl vom Attac Koordinierungsausschuss: „Alle Akteure, Organisationen, Gruppen, die in diesem Prozess drin sind, haben klipp und klar erklärt, von ihnen wird keine Gewalt ausgehen“ (Wahl 2006). Sprecher anderer Gruppen widersprachen ihm daraufhin sofort, und Gruppen aus dem autonomen Spektrum argumentierten, dass eine allgemeine Aufforderung zur Gewaltfreiheit nur den Kriminalisierungsbestrebungen der Polizei in die Hände spiele und die Bewegung schwächen würde (Dissent Netzwerk 2007; NoLager Bremen 2007).

Insgesamt lässt sich die Konstellation im Vorfeld der G8 Proteste folgendermaßen beschreiben: Erstens gab es unter den eher aktionsorientierten Gruppen einen Konsens hinsichtlich der Blockaden, bei denen diverse Ak-

tionsformen toleriert werden sollten, ohne sich gegenseitig zu stören. Block G8 kündigte an, dass sie zivilen Ungehorsam leisten würden, aber weder die Polizei angreifen noch versuchen würden, die Umzäunung des Gipfelgeländes zu durchbrechen. Zweitens gab es trotz des Wissens, dass es im Rahmen der Globalisierungsproteste regelmäßig zu größeren Ausschreitungen gekommen war, keine gemeinsamen Regeln für die anderen Aktionen jenseits der Blockaden. Insbesondere gab es keine expliziten Absprachen hinsichtlich der Aktionsformen im Rahmen der Auftaktdemonstration. Es war zwar deutlich geworden, dass die NGOs und die mehr aktionsorientierten Gruppen unterschiedliche taktische Orientierungen hatten, aber statt diese explizit zu diskutieren, wurde die Frage der Protestformen in der Vorbereitung ausgeklammert, um die fragile Koalition nicht zu gefährden.

Diese Auslassung erwies sich in dem Moment als fatal, als es bei der Auftaktdemonstration am 2. Juni 2007, kurz bevor der Demonstrationzug den Abschlusskundgebungsplatz vollständig erreicht hatte, zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen einem Teil der DemonstrantInnen und der Polizei kam. Beide Seiten schoben sich im Nachhinein die Schuld dafür zu, die Auseinandersetzung angefangen zu haben, was aber wohl letztlich irrelevant ist, weil es sowohl auf der Seite der DemonstrantInnen als auch auf Seiten der Polizei Gruppierungen gab, die bereit waren, beim kleinsten Anlass loszuschlagen und alle Versuche der Deeskalation zu konterkarieren.

Was dann folgte, war das bekannte Spiel von Distanzierung und Spaltungsvorwürfen. Erlassjahr und Attac verurteilten die Gewalt der DemonstrantInnen scharf, und Peter Wahl von Attac ging sogar so weit, anzukündigen, in Zukunft „in unseren Demonstrukturen dafür [zu] sorgen, dass wir die [gewaltbereiten Chaoten] auch fernhalten können, materiell, nicht nur mit Worten“ (Wahl 2007). Die IL verteidigte die Ausschreitungen als legitime Aktionsform innerhalb des breiten Aktionsspektrums der Bewegung (Interventionistische Linke

2007) und „Internationalen Brigaden“ glorifizierte die Auseinandersetzung mit ihrer Interpretation, Tausende hätten „sich nicht mehr damit zufrieden gegeben, nur zu reagieren oder sich zu verteidigen, sondern haben selbst die Initiative ergriffen und mit vollem Bewusstsein an den Orten angegriffen, an denen die kapitalistische Ausbeutung und die materielle Wirksamkeit des globalen zivilen Krieges tagtäglich ausgeweitet wird“ (Internationale Brigaden 2007).

Bemerkenswert war, dass außer Attac, Erlassjahr und DFG-VK keine der NGOs sich zu der Gewaltdebatte geäußert haben, und auch die Presse keinerlei Interesse an deren Positionen zu dieser Frage zeigte. Offenbar war es also nicht der Druck von Außen, der die Akteure dazu zwang, sich öffentlich zu äußern und Position zu beziehen, sondern ein genuines Bedürfnis der Akteure. Trotz dieses Bruchs entlang der Gewaltfrage verlief der Rest der Proteste aus Sicht der OrganisatorInnen überraschend erfolgreich. Über 10.000 Menschen beteiligten sich an den Blockaden und Demonstrationen am zwölf Kilometer langen Zaun, der um das Tagungsgelände herum errichtet worden war, und setzten sich damit über das für diesen Bereich ausgesprochene Demonstrationsverbot hinweg (Rucht/Teune 2008). Nach dem Ende der Protestwoche hatten die Bilder der gewaltfreien Blockaden die der Ausschreitungen bei der Auftaktdemonstration in der Presse abgelöst und dominierten nun die öffentliche Wahrnehmung der Proteste (Herrmann 2008). Bei den AktivistInnen sah das Resümee der Proteste gemischer aus: Aus dem NGO-Spektrum beteiligten sich nur noch Werner Rätz (Attac) und Monty Schädel (DFG-VK) an der Auseinandersetzung. Beide hielten an einer Verurteilung der gewalttätigen Auseinandersetzungen fest, gaben nun aber auch der Polizei eine Mitschuld an der Eskalation der Gewalt (Rätz 2007; Schädel 2007). Bei Gruppen aus dem autonomen Spektrum nahm die Glorifizierung der Gewalt mit zunehmendem zeitlichen Abstand noch zu und gleichzeitig wurde vereinzelt Kritik an der Gewaltfreiheit

der Blockaden geübt (PAULA 2007; ums Ganze! 2007). Daneben wurde aber noch eine dritte Position sichtbar, die vor allem die positiven Erfahrungen bei den Blockaden in den Vordergrund stellte. Sowohl Gruppen aus dem gewaltfreien als auch aus dem autonomen Spektrum lobten die Blockaden als radikalisierte Erfahrung der Infragestellung des staatlichen Gewaltmonopols, deren Potential sie zuvor unterschätzt hatten (Antifaschistische Linke Berlin 2008; Avanti 2008; Frauke 2008).

#### 4 | Identität oder Taktik?

Was tragen diese Beispiele jetzt zum Verständnis des Verhältnisses von Gewalt und Gewaltlosigkeit in sozialen Bewegungen bei? Die Ereignisse bestätigen, dass die Frage der Gewalt in den hier betrachteten sozialen Bewegungen nicht in erster Linie eine taktische ist, sondern für einen relevanten Teil der AktivistInnen identitätsbegründend. In keinem der Fälle wurde Gewalt aus einer taktischen Perspektive diskutiert. Wenn der Einsatz von Gewalt diskutiert wurde, ging es nie darum, ob gewaltsame Mittel besser oder schlechter geeignet wären, ein bestimmtes, klar angebbares Ziel zu erreichen. Gewalt und Gewaltlosigkeit wurden immer (auch) als symbolische Handlungen verstanden, die fundamentale Überzeugungen der AktivistInnen kommunizieren soll: Unversöhnlichkeit, Radikalität, Dialogbereitschaft, Ablehnung der bestehenden Gewaltordnung – gewalttätige oder gewaltfreie Aktionsformen sind somit Ausdruck prinzipieller Haltungen. Gleichzeitig finden die konkreten Proteste in einem politisch und medial vorstrukturierten Feld statt, in dem über den Gegensatz gewaltfrei/militant Legitimität oder Illegitimität des Protestes zugeschrieben wird. Die Gewaltfrage zieht also eine doppelte symbolische Verortung nach sich, in der die Handlungsform einerseits Ausdruck kollektiver Identität und andererseits Messlatte von Außen zugeschriebener Legitimität ist.

Die Statements der an den Protesten beteiligten Gruppen und Einzelpersonen in den Be-



wegungsdiskursen sprechen dafür, dass sich viele der AktivistInnen dem Problem dieser doppelten symbolischen Verortung zumindest untergründig bewusst sind, und dass die in den Castor-Protesten entwickelten Aktionskonzepte und der Aktionskonsens der G8-Blockaden Versuche sind, den mit der symbolischen Verortung einhergehenden Zwang zu unterlaufen. Die erfolgreichen Versuche, ein tolerantes Nebeneinander verschiedener Aktionsformen zu ermöglichen, verschieben die Gewaltfrage von der Identitäts- auf die Taktikebene – allerdings ohne sie im strengen Sinne taktisch, d.h. als Abwägung von Mitteln zur Erreichung eines Ziels, zu diskutieren. Indem die Gewaltfrage in diesen Modellen einen Teil ihrer symbolischen Bedeutung verliert, gewinnen die AktivistInnen Raum, eigene Legitimitätskriterien zu entwickeln, die stärker mit den Zielen des Protests als mit seinen Mitteln verbunden sind.

Damit diese Verschiebung, die ja die partielle Aufgabe eines Teils der jeweiligen kollektiven Identität mit sich bringt, gelingen kann, müssen eine Reihe von Bedingungen erfüllt sein, die in den Beispielen deutlich werden: Die vielleicht wichtigste Voraussetzung ist, dass die beteiligten Akteure über *gemeinsame Aktionserfahrungen* verfügen und ein *Interesse an zukünftiger Zusammenarbeit* haben. Die Tatsache, dass es möglich war, in der Anti-AKW-Bewegung zu einem Aktionskonzept zu kommen, das den verschiedenen Gruppen eine ihren Präferenzen angepasste Beteiligung an den Protesten ermöglicht, hängt wesentlich damit zusammen, dass es sich bei den Castor-Protesten nicht um isolierte Ereignisse handelt. Die regelmäßig stattfindenden Transporte zwingen die Akteure dazu, langfristige Kooperationsbeziehungen einzugehen und befördern die Erkenntnis, dass die einzelnen Bewegungsteile aufeinander angewiesen sind.

Die zentralen Protagonisten des Block G8 Konzepts hatten ebenfalls bereits eine lange gemeinsame Protestgeschichte in verschiedenen Kontexten und hatten ein über das Ereignis des G8 Gipfels hinaus reichendes Interesse an zukünftiger Kooperation. Zudem hatten sich

wichtige Akteure an den Castor-Protesten beteiligt und konnten auf das dort entwickelte Aktionskonzept zurückgreifen (und haben dann, 2010, die in Heiligendamm gemachten Erfahrungen wiederum in die Castor Schottern-Kampagne eingebracht). Diese Bedingung war bei der Auftakt demonstration in Rostock nicht erfüllt. Ein relevanter Teil der Gruppen hatten weder eine gemeinsame Aktionsgeschichte noch ein ausgeprägtes Interesse an zukünftiger Kooperation.

Der dritte wichtige Faktor hat mit dem *Aktionskontext* zu tun. Die Beispiele deuten darauf hin, dass es im Kontext einer Aktion, die ein *klar angebbares Ziel* hat (Blockade des Konferenzgeländes, Verhinderung bzw. Verzögerung des Castor-Transports), leichter ist, einen toleranten Aktionskonsens zu finden, als bei Aktionen wie der Auftaktdemonstration, die ein eher diffuses und allgemeines Ziel haben. Dies lässt sich m.E. auch in anderen Bewegungen beobachten. So werden auch im Kontext antifaschistischer Proteste militantere Protestformen eher dann toleriert, wenn es z.B. um die konkrete Verhinderung oder Blockade eines Nazi-Aufmarsches geht, während dies bei Demonstrationen mit allgemeineren Anliegen weniger leicht gelingt.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass (1) die Gewaltfrage für soziale Bewegungen (in Westeuropa und den USA) vor allem eine identitäre Frage ist und daher (2) die Effektivität gewaltsamer Mittel nicht im Zentrum der Bewegungsdiskurse über Militanz und Gewalt steht. Praktisch stellt sie (3) bei vielen Ereignissen ein Koordinationsproblem dar, das (4) meistens nur dann erfolgreich bearbeitet werden kann, wenn die beteiligten Akteure auf gemeinsame Aktionserfahrungen zurückblicken können, Interesse an weiteren gemeinsamen Aktionen haben und die Aktionsziele möglichst konkret bestimmen werden können. Im Effekt führt dies (5) dann dazu, dass die Gewaltfrage zumindest teilweise von einer identitären auf eine pragmatische Ebene verschoben wird, wodurch sie zwischen den verschiedenen Strömungen verhandelbar wird.

*Sebastian Haunss* ist Politikwissenschaftler am Bremer Sonderforschungsbereich 597 „Staatlichkeit im Wandel“. Seine Forschungsschwerpunkte sind Wissensgesellschaft, politische Legitimation, Diskursanalyse, Netzwerk-analyse und soziale Bewegungen. Kontakt: sebastian.haunss@sfb597.uni-bremen.de

## Anmerkung

<sup>1</sup> Die Analyse der Debatten in der AKW-Bewegung basiert auf der Arbeit von Darcy Leach, die wir an anderer Stelle (Leach/Haunss 2010) detaillierter veröffentlicht haben.

## Literatur

- anti-atom-Plenum Berlin u.a.* 2010: Castor Schottern – Atomausstieg bleibt Handarbeit. [www.castor-schottern.org/absichtserklaerung](http://www.castor-schottern.org/absichtserklaerung) [01.11.2010].
- Antifaschistische Linke Berlin* 2008: Massenhafter Ausdruck der Ablehnung und tatsächliche Störung. In: Block G8 (Hg.): Chef – es sind zu viele. Die Block G8 Broschüre. Lübeck: Eigendruck im Selbstverlag, 30–31.
- Avanti* 2008: Block G8 war radikalisiert in dem besten Sinn. In: Chef – es sind zu viele. Die Block G8 Broschüre. Lübeck: Eigendruck im Selbstverlag, 33.
- Block G8* 2007: Das Massenblockadekonzept Block G8.
- Brumlik, Micha* 1989: Autonome: Gewaltbereitschaft als verbindendes Lebensgefühl. In: Heitmeyer, Wilhelm/Möller, Kurt/Sünker, Heinz (Hg.): Jugend – Staat – Gewalt: politische Sozialisation von Jugendlichen, Jugendpolitik und politische Bildung. Weinheim: Juventa, 175–189.
- Buro, Andreas* 2008: Friedensbewegung. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.): Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt/Main: Campus Verlag, 267–291.
- Castor-Info-Dienst* 2001: Castor-Info-Dienst und Stand der Dinge. [www.castor.de/nix5/2001/camp.html#Konzept](http://www.castor.de/nix5/2001/camp.html#Konzept) [09.12.2010].
- Chabot, Sean* 2000: Transnational Diffusion and The African American Reinvention of Gandhian Repertoire. In: *Mobilization* Jg. 5, Heft 2, 201–216.
- Chabot, Sean/Duyvendak, Jan Willem* 2002: Globalization and transnational diffusion between social movements: Reconceptualizing the dissemination of the Gandhian repertoire and the „coming out“ routine. In: *Theory and Society* Jg. 31, Heft 6, 697–740.
- Dissent Netzwerk* 2007: Erklärung zur Diskussion der Gewaltfrage. [de.dissent.org.uk/node/1078.html](http://de.dissent.org.uk/node/1078.html) [02.03.2009].
- Ericson, Richard/Doyle, Aaron* 1999: Globalization and the policing of protest: The case of APEC 1997. In: *British Journal of Sociology* Jg. 50, Heft 4, 589–609.
- Frauke* 2008: Alte Brüche und neue Gemeinsamkeiten. In: Block G8 (Hg.): Chef – es sind zu viele. Die Block G8 Broschüre, Lübeck: Eigendruck im Selbstverlag, 36–38.
- Frey, R. Scott/Dietz, Thomas/Kalof Linda* 1992: Characteristics of Successful American Protest Groups: Another Look at Gamson's Strategy of Social Protest. In: *American Journal of Sociology* Jg. 98, Heft 2, 368–387.
- Galtung, Johan* 1985: Twenty-Five Years of Peace Research: Ten Challenges and Some Responses. In: *Journal of Peace Research* Jg. 22, Heft 2, 141–158.
- Gamson, William A.* 1975: *The Strategy of Social Protest*, Homewood, Ill: Dorsey.
- ums Ganze!* 2007: „...ums Ganze! G8-Nachbereitung“. [umsganze.blogspot.de/2007/10/02/sonderseite-zum-ums-ganze-kongress/](http://umsganze.blogspot.de/2007/10/02/sonderseite-zum-ums-ganze-kongress/) [20.01.2009].
- Haunss, Sebastian* 2004: Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Haunss, Sebastian* 2011: Kollektive Identität, soziale Bewegungen und Szenen. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* Jg. 24, Heft 4, 41–53.
- Herrmann, Sabrina* 2008: Schlüsselszenen des Protests. Der Wettbewerb um die Aufmerk-

- samkeit der TV-Nachrichten. In: Dieter Rucht/Teune, Simon (Hg.): Nur Clowns und Chaoten? Die G8-Proteste in Heiligendamm im Spiegel der Massenmedien. Frankfurt - New York: Campus, 97-118.
- Internationale Brigaden* 2007: Der Battle von Rostock. de.dissent.org.uk/node/3040.html. [19.02.2009].
- Interventionistische Linke* 2007: Kurz vor Beginn des G8-Gipfels zieht die Interventionistische Linke Zwischenbilanz. www.gipfelsoli.org/Home/Heiligendamm\_2007/Heiligendamm\_2007\_deutsch/Texte\_davor/2690.html [20.01.2009].
- Leach, Darcy K.* 2006: The Way is the Goal: Ideology and the Practice of Collectivist Democracy in German New Social Movements. University of Michigan, Department of Sociology.
- Leach, Darcy K./Haunss, Sebastian* 2010: Wichtig ist der Widerstand: Rituals of Taming and Tolerance in Movement Responses to the Violence Question. In: Heßdörfer, Florian/Pabst, Andrea/Ullrich, Peter (Hg.): Prevent and Tame. Protest under (Self-)Control. Berlin: Dietz, 73-98.
- Markus* 2001: Schwerpunkt Schiene! In: graswurzelrevolution (259) [www.graswurzel.net/259/schiene.shtml, gesichtet 9. Dezember 2010].
- Melucci, Alberto* 1996: Challenging Codes. Collective Action in the Information Age. Cambridge: Cambridge University Press.
- NoLager Bremen* 2007: Wider die sogenannte Gewaltfrage de.dissent.org.uk/node/1322.html [20.01.2009].
- Paris, Rainer* 1991: Vermummung, Leviathan 1/1991: 117-129.
- PAULA* 2007: PAULA erklärt sich. Indymedia. de.dissent.org.uk/node/3863.html [19.02.2009].
- Piven, Frances Fox/Cloward, Richard A.* 1977: Poor People's Movements: Why They Succeed and How They Fail. New York: on shelf.
- della Porta, Donatella* 1995: Social Movements, Political Violence, and the State. A Comparative Analysis of Italy and Germany. Cambridge: Cambridge University Press.
- della Porta, Donatella/Reiter, Heber (H.)* 1998: Policing Protest: The Control of Mass Demonstrations in Western Democracies. Minneapolis, MN: Univ. of Minnesota Press.
- Rätz, Werner* 2007: Gemeinsamer Erfolg trotz Differenzen. In: ak - analyse & kritik. www.dazwischengehen.org/de/story/2007/06/gemeinsamer-erfolg-trotz-differenzen [20.01.2009].
- Rucht, Dieter* 2008: Anti-Atomkraftbewegung. In: Roth, Roland/ Rucht, Dieter (Hg.): Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt/Main: Campus Verlag, 245-266.
- Rucht, Dieter/Teune, Simon (Hg.)* 2008: Nur Clowns und Chaoten? Die G8-Proteste in Heiligendamm im Spiegel der Massenmedien, Frankfurt - New York: Campus.
- Schädel, Monty* 2007: Natürlich ist es falsch, von gleichen Bildern zu sprechen! www.montys.de/dateien/themen/heiligendamm07/erklaerungsversuch\_m\_s.pdf [20.01.2009].
- Soule, Sarah A. et al.* 1999: Protest Events: Cause or Consequence of State Action? The U.S. Women's Movement and Federal Congressional Activities, 1956-1979. In: Mobilization Jg. 4, Heft 2, 239-256.
- Thesen zur Autonomen Bewegung* 1981: radikal 98.
- Tilly, Charles* 2003: The politics of collective violence. Cambridge: Cambridge University Press.
- United Colors of Resistance* 2007: Demo 2.6. in Rostock aus autonomer Sicht. In: Dissent!Network of Resistance. de.dissent.org.uk/node/3784.html [12.01.2009].
- Wahl, Peter* 2006: Pressekonferenz Internationale Aktionskonferenz in Rostock zur Vorbereitung der Proteste gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm. video.indymedia.org/en/2006/12/637.shtml [02.03.2009].
- Wahl, Peter* 2007: Attac-Vorstand will Gewalttäter von Demos fernhalten. www.dradio.de/dlf/sendungen/interview\_dlf/631983/ [02.03.2009].